

Stellungnahme des SprecherInnenrats der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
zu den Beratungen über den Bundeshaushalt 2017

Aus Krisen nichts gelernt - Friedensförderung und Krisenprävention kein Schwerpunkt im Bundeshaushalt 2017

Mit massiver Gewalt ausgetragene Konflikte in vielen Regionen der Erde waren auch im letzten Jahr zentrale Herausforderungen für die Politik. Von der Notwendigkeit der Krisenbewältigung insbesondere der Fluchtursachenbekämpfung ist allerorts die Rede. Langsam setzt sich die Einsicht durch, dass eine langfristig ausgerichtete Krisenprävention wesentlicher Bestandteil deutscher Politik sein muss.

Auch Deutschland selbst ist nicht gegen eine Entwicklung gefeit, die zunehmendes Gewaltpotential in der eigenen Gesellschaft offenbart: Menschenverachtende Gewalttaten gegen Geflüchtete, offensichtlicher Rassismus und soziale Exklusion sind keine randständigen Phänomene mehr.

"Was ist zu tun?" ist eine häufig gestellte Frage der letzten beiden Jahre:

Mit der Zustimmung zur Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung, die erstmals Erfordernisse des innerstaatlichen, internationalen und globalen Handelns sowohl im "Norden" als auch im "Süden" definiert, setzte die deutsche Regierung einen klaren Rahmen: Menschen, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft sind unteilbar miteinander verbunden. Die Einbeziehung aller Ressorts ist zur Umsetzung der 17 Ziele erforderlich. Der Beteiligung der Zivilgesellschaft wird eine zentrale Rolle zugemessen.

Dass es Zeit wird, neue Wege zu beschreiten, machte auch die schon Ende 2014 von der Bundeskanzlerin und dem Entwicklungsminister vorgestellte Zukunftscharta deutlich.

Auch der vom Auswärtigen Amt angestoßene Prozess der Entwicklung von "Leitlinien zum Krisenengagement und Friedensförderung" weist in diese Richtung: Als Fortentwicklung des Aktionsplans "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" sollen ressortübergreifend den heutigen Herausforderungen entsprechende Handlungsstrategien entwickelt werden. Zu Beginn des neuen Haushaltsjahrs 2017, so der Zeitplan, werden sie vom Kabinett verabschiedet.

Friedenspolitisch relevante Analyse- und Klärungsprozesse haben in den Jahren 2015 und 2016 also genügend stattgefunden. In allen Dokumenten wird die ständige Überprüfung der Umsetzung des erklärten politischen Willens zugesichert. Insofern erscheint es uns naheliegend zu prüfen, ob für 2017 die finanziellen und haushaltstechnischen Weichen gestellt werden, um Worten Taten folgen zu lassen. Dies ist nicht der alleinige Indikator für politischen Wandel, aber doch sicherlich ein maßgeblicher!

Grundsätzliche Bewertung der Haushaltszahlen für 2017

Dem vorliegenden Haushaltsentwurf für das kommende Jahr **ist eindeutig kein Schwerpunkt für Friedensförderung und Krisenprävention** zu entnehmen: Die Mittel in den relevanten Haushaltstiteln **stagnieren**, die Förderung der Zivilgesellschaft **gewinnt nicht an Bedeutung**, die Förderung von notwendigen Strukturen **wird nicht verbessert**, die für eine Nachhaltigkeit dringend benötigte langfristige Ausrichtung von Haushaltstiteln durch Verpflichtungsermächtigungen **wird nicht vorangetrieben**. Nicht zuletzt wird sich die ODA-Quote mit diesem Haushalt **keinesfalls in Richtung** auf die 0,7% Marke hinbewegen.

Nur in einer, für die friedenspolitische Ausrichtung jedoch signifikanten Kennziffer unterscheidet sich der Haushaltsentwurf 2017 überhaupt vom beschlossenen Haushalt des Jahres 2016¹. In dieser allerdings erheblich:

Für den Verteidigungshaushalt sind insgesamt 36,61 Mrd. € vorgesehen, für die Entwicklungs- und Auswärtige Politik zusammen 12,59 Mrd. €. Während der BMVg-Haushalt um 2.323,8 Mio. € wachsen soll, werden für das AA und das BMZ lediglich 374,2 Mio. € mehr verausgabt. **Die Diskrepanz zwischen Ausgaben für das Militär und im weitesten Sinne friedens- und entwicklungspolitische Belange steigt damit um 10% von 22,07 Mrd. € auf 24,02 Mrd. € weiter an.**

Konkrete Defizite in ausgewählten Haushaltspositionen

Das **Auswärtige Amt** ist mit der Gesamthöhe seines Haushalts nun an die vorletzte Stelle aller Ministerien gerutscht.

In dem friedenspolitisch wichtigsten Kapitel „Sicherung von Frieden und Stabilität“, aus dem die Maßnahmen der neu geschaffenen Abteilung „Krisenprävention, Stabilisierung und Nachsorge“ bezahlt werden, ist keinerlei Mittelzuwachs vorgesehen.

Einzelne Positionen werden gar gekürzt wie der Titel für die humanitären Hilfsmaßnahmen (minus 12 Mio. €) und die Unterstützung von internationalen Maßnahmen auf den Gebieten der Krisenprävention (minus 8,5 Mio. €).

Für Strukturen, die zu einer besseren Kohärenz der verschiedenen Ressorts beitragen sollen, wie der Ressortkreis Zivile Krisenprävention, sind weiterhin keine Mittel ausgewiesen. Die vorgesehenen Ausgaben für die Arbeit des zivilgesellschaftlichen Beirats bleiben auf die Erstattung von persönlichen Reisekosten begrenzt. Wie soll fachliche Beratung / Monitoring ohne eine Infrastruktur sachgerecht stattfinden?

Im Haushalt des **Entwicklungsministeriums** ist nicht erkennbar, dass Haushaltspositionen gestärkt werden, die auf nachhaltige, Krisen vorbeugende, den Frieden fördernde Politik abzielen.

Besonders irritierend am BMZ-Haushalt ist, dass der Zivile Friedensdienst keinerlei Mittelaufwuchs erfährt, was faktisch einer Reduktion dieses Instruments gleichkommt.

Die Haushaltszahlen legen außerdem dar, dass die sogenannten Sonderinitiativen weiter aufgestockt werden sollen. Nachhaltige Veränderung wird jedoch nicht durch Sonderinitiativen getragen, sondern nur durch langfristig angelegte Haushaltstitel.

Die bisherigen Sonderinitiativen sind zudem von viel Intransparenz geprägt, außerdem haben zivilgesellschaftliche Akteure bisher nur sehr begrenzt Zugang zu ihnen.

Zum Haushalt des **Ministeriums für Bildung und Forschung** muss leider festgestellt werden, dass die Stärkung der Friedensforschung offensichtlich auch weiterhin kein Anliegen der Bundesregierung ist. Das seit Stiftungsgründung sowieso schon geringe und infolge der Situation auf dem Kapitalmarkt nochmals stark abgenommene Förderungsvolumen der Deutschen Stiftung Friedensforschung bleibt unbeachtet: Das BMBF übernimmt hier offensichtlich keine Verantwortung für seinen möglichen Beitrag zur Krisenprävention und Friedensförderung.

Last but not least soll auf eine im Bundeshaushalt 2017 **erfreuliche Haushaltsentwicklung** hingewiesen werden: Im Haushaltsentwurf für das **Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** sind die Mittel für „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und

¹Zum Entwurf des Bundeshaushalts 2016 hat die Plattform im Sept. 2015 eine detaillierte Stellungnahme herausgegeben, sie ist abrufbar unter <http://www.konfliktbearbeitung.net/einblicke/friedensfoerderung-konflikttransformation-krisenpraevention-politische-leitbilder>

Demokratie“ verdoppelt worden. Diese Mittel werden dringend gebraucht angesichts zunehmender Gewaltbereitschaft und gesellschaftlicher Ab- und Ausgrenzung. Wünschenswert wäre, wenn hier auch noch die Verpflichtungsermächtigungen zeitlich ausgedehnt würden, so dass zivilgesellschaftliche Akteure planbarer ihre Arbeit leisten können.

Für die anstehenden Haushaltsberatungen im Parlament und seinen Ausschüssen erwartet die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, dass die Abgeordneten die Defizite, die dieser Haushaltsentwurf für die Übernahme deutscher friedenspolitischer Verantwortung aufweist, ernst nehmen und adäquate Änderungen vor der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes vornehmen.

Köln, 01.09.2016

Der SprecherInnenrat der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung